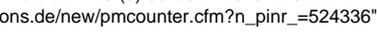




Rösler: Ein umfassendes transatlantisches Freihandelsabkommen bringt Schub für Wachstum und Beschäftigung

Rösler: Ein umfassendes transatlantisches Freihandelsabkommen bringt Schub für Wachstum und Beschäftigung
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) hat heute die Ergebnisse der Studie des ifo-Instituts, München, zu den "Dimensionen und Auswirkungen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA" veröffentlicht. Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler: "Ein tiefgreifendes Freihandelsabkommen der EU mit den USA wäre ein großer Schritt nach vorn. Ein Abkommen würde neuen Schwung bringen für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung, auf beiden Seiten des Atlantiks. Die Effekte wären umso größer, je breiter die Liberalisierung ist. Die ifo-Studie belegt das. Es ist deshalb ratsam, dass wir uns für ein Abkommen ehrgeizige Ziele vornehmen und die Gesprächsagenda nicht von vorneherein einschränken oder bestimmte Bereiche ausklammern." Die ifo-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die zu erwartenden positiven Wachstums- und Beschäftigungseffekte eines transatlantischen Handelsabkommens umso größer sind, je umfassender der Außenhandel liberalisiert wird. Der bilaterale EU-US-Handel könnte langfristig um rund 80 Prozent zunehmen. Das Realeinkommen in Deutschland könnte in Folge eines transatlantischen Partnerschaftsabkommens langfristig um 4,7 Prozent steigen. Eine umfassende, ambitionierte Absenkung nichttarifärer Handelsbarrieren könnte bis zu 110.000 neue Arbeitsplätze in Deutschland und rund 400.000 in der EU insgesamt schaffen. In den USA könnten bis zu 100.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Eine Verbändenumfrage zeigt zudem, dass nicht-tarifäre Handelshemmnisse, insbesondere Qualitätsstandards, für deutsche Exporteure zentrale Hindernisse für den Zugang zum US-Markt darstellen. Von einer Reduktion solcher nicht-tarifärer Handelshemmnisse würden vor allem kleinere und mittlere Unternehmen profitieren. Die Verhandlungen über ein umfassendes Abkommen, das neben Zollabbau auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse beseitigt und die Dienstleistungs- und Beschaffungsmärkte öffnet, werden voraussichtlich im Sommer beginnen. Die beim EU-US-Gipfel im November 2011 eingesetzte High Level Working Group hat einen Endbericht über Chancen und Potentiale einer Intensivierung der bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen vorgelegt. Auf EU-Ebene muss der Rat einen Mandatsbeschluss fassen, mit dem er die EU-Kommission ermächtigt, die Verhandlungen mit den USA aufzunehmen. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) Scharnhorststr. 34-37 11019 Berlin Deutschland Telefon: +49 (0) 30-2014-9 Telefax: +49 (0) 30-2014-7010 Mail: buero-lp1@bmwi.bund.de URL: <http://www.bmwi.de> 

Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

bmwi.de
buero-lp1@bmwi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

bmwi.de
buero-lp1@bmwi.bund.de

Nach der Bundestagswahl im September 2005 wurden die Arbeitsbereiche des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in zwei neue Ministerien eingegliedert. Das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird von Michael Glos geleitet. Zentrales Anliegen der Politik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist es, das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland mit breiter Teilhabe aller Bürger sowie für ein modernes System der Wirtschaftsbeziehungen zu legen. Zum Geschäftsbereich des BMWi gehören 7 Behörden: Bundeskartellamt Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen Bundesagentur für Außenwirtschaft Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung Physikalisch-Technische Bundesanstalt Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe